

# Das neu-alte Russlandbild

Gerd Weidenhausen

Sechs Jahre sind seit der denkwürdigen und mit viel Beifall bedachten Rede des russischen Präsidenten im deutschen Bundestag am 25. September 2001 vergangen und damit auch die hoffnungsvolle Erwartung einer intensiven, spannungsfreien und zukunftssträchtigen Beziehung zwischen Russland und Europa. Inzwischen machen wieder die politischen Metaphern eines erneuten »Kalten Krieges« und einer neuen »Berliner Mauer« in den europäischen, aber auch in den russischen Medien die Runde. Die Gründe für die verschlechterten Beziehungen werden in den russischen und in den westlichen Medien erwartungsgemäß völlig verschieden dargestellt. In letzteren wird der demokratische Stillstand bzw. die Restauration semi-diktatorischer innerrussischer Verhältnisse, die intendierte Rückkehr Russlands zur Weltmacht kraft des Putinschen Energie-Imperiums<sup>1</sup> und der Unwille des östlichen Nachbarn, westliche Kritik umstandslos anzunehmen, für das Stimmungstief verantwortlich gemacht. Ein Blick dagegen in die russische Presse macht deutlich, dass man sich dort als Opfer westlicher Kampagnen<sup>2</sup> und eines von den USA angeführten Expansionismus sieht, wie ihn Putin in seiner von üblichen diplomatischen Gepflogenheiten freien Rede auf der 43. Sicherheitskonferenz Februar 2007 wortreich beschrieb. Aus russischer Sicht sind die sukzessive NATO-Osterweiterung bis an die Grenzen Russlands (unter etwaigem Einschluss Georgiens und der Ukraine), die geplante Raketenabwehr in Polen und Tschechien gegen eine angeblich iranische Bedrohung und die forcierte weltweite Militarisierung der US-Politik unter Missachtung völkerrechtlicher Bestimmungen Anlass steter Kritik.

Westliche Kritik prangert an Russland dessen »Energieimperialismus« und die Ausbreitung

undemokratischer Praktiken in einem als durchweg korrupt diagnostizierten staatlichen Zwangssystem an.

## *Die Kritik russischer »Dissidenten« am System Putin*

Besonderes Gewicht erfährt diese Kritik durch eine Reihe von Veröffentlichungen von Russen selbst, die sich entweder als Opfer des »Systems Putin« sehen oder den Mangel an demokratischer Kultur mitsamt der Rückkehr überwinden geglaubter staatlicher Zwangsmaßnahmen zum Gegenstand ihrer Veröffentlichungen machen. Der Vorwurf an Putins Russland gipfelt gelegentlich in der Rede von einer schleichenden »Faschisierung« der russischen Verhältnisse. Indizien in diese Richtung sieht zum Beispiel der regelmäßig in der angesehenen französischen Kulturzeitschrift *Lettre Internationale* schreibende russische Autor Michael Ryklin, dem 2007 der Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung verliehen wurde. In seinem 2006 erschienenen Buch *Mit dem Recht des Stärkeren. Russische Kultur in Zeiten der »gelenkten Demokratie«* nennt er Beispiele für eine die kulturelle Freiheit grob missachtende staatliche Kulturpolitik, in der orthodoxe Sektierer und Staatsanwaltschaft gemeinsame Sache machen: So wurden in der im Januar 2003 im Moskauer Sacharow-Zentrum stattfindenden Ausstellung mit dem Titel *Achtung, Religion!* nicht in etwa die die Ausstellung verwüstenden orthodoxen Fanatiker ihres Vanadalismus wegen angeklagt, sondern grotesker Weise die Ausstellungsorganisatoren selbst. Und zwar mit dem Vorwurf der Profanisierung und Beleidigung der heiligen orthodoxen Religion. Diese und weitere Ausführungen Michael Ryklins decken sich mit den Beobachtungen Sonja Margolinas in

der Süddeutschen Zeitung vom 03.09.2007.<sup>3</sup> Diverse kulturpolitische Offensiven der russisch-orthodoxen Kirche erklärt sie dort mit der Differenz, die sich zwischen erhofftem Einfluss und mangelnder Beliebtheit in der Bevölkerung aufzutut: »Der Kluft zwischen dem Anspruch, alle Russen als Orthodoxe hinter sich zu scharen, und der religiösen Abstinenz der Bevölkerungsmehrheit will die Kirche mit obligatorischem Religionsunterricht begegnen. Euphemistisch ›Grundlagen der orthodoxen Kultur‹ genannt, ist er in einigen Regionen als Experiment bereits eingeführt worden.«

Weitaus persönlicher und polemischer fällt nun die kritische Abrechnung der im politischen Exil in London lebenden einstigen Kreml-Journalistin Elena Tregubova in ihrem kürzlich erschienen Buch *Die Mutanten des Kreml. Mein Leben in Putins Reich* aus. Die Autorin erzielte nicht nur durch ihre politischen Thriller *Geschichten eines Kreml-Diggers* innerhalb Russlands eine gewisse Berühmtheit, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus durch ihren Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des G8-Gipfels, der im Polit-Magazin *Cicero* auf Deutsch abgedruckt wurde. Elena Tregubovas Auslassungen über den korrupten Sumpf des »Systems Putin« stellen im Grunde nichts anderes dar als eine polemische und stellenweise extrem persönliche Version der (weitaus glaubwürdigeren) Aufzeichnungen der ermordeten Journalistin Anna Politkovskajas in ihrem *Russischen Tagebuch* (2007). Nach wie vor scheint der Mord an dieser couragierten Journalistin, einer der vehementesten Kritikerinnen Putins und der Grausamkeiten des Tschetschenienkrieges, ungeklärt. Es sei denn, man glaubt einer Meldung der Süddeutschen Zeitung von Ende August 2007, nach der der Moskauer Generalstaatsanwalt Jurij Tschaika mit der Festnahme von zehn Verdächtigen den »Fall« für aufgeklärt und nahezu abgeschlossen erklärte: Danach stand hinter dem Mord an Anna Politkovskaja eine »von einem Tschetschenen angeführte kriminelle Organisation«, in der auch Angehörige der Miliz und des russischen Inlandsgeheimdienstes – wie auch an anderen Auftragsmorden – mitgewirkt hätten. So unter

anderem an der Ermordung des investigativen US-Journalisten Paul Klebnikow. Dieser wurde durch sein 2001 erschienenes Buch *Der Pate des Kreml. Boris Beresowski und die Macht der Oligarchen* bekannt. Mit den aktuellen Ermittlungsergebnissen – angenommen, sie sind glaubwürdig – gerät auch Moskaus Staatsfeind Nummer eins ins Visier der Ermittlung dunkler Machenschaften und zwielichtiger Geschäfte, die, wenn sie auch der russischen Version, die Ermordung Anna Politkovskajas schade insbesondere dem Ansehen Russlands und könne schon von daher nicht staatlicherseits angeordnet worden sein, entsprechen, nicht falsch sein müssen. Darüber kann nicht nur die Lektüre des Buches von Paul Klebnikow (der auf mysteriöse Weise ums Leben kam) Aufschluss geben, sondern in gewisser Weise auch die Irrungen und Wirrungen, die sich um die Affäre Litwinenko ranken.

#### *Vom Nutzen der Affäre Litwinenko*

Auch diese wird gegenwärtig auf dem deutschen Büchermarkt mit einer Neuerscheinung bedacht, und zwar wiederum in Gestalt eines Polit-Thrillers, einer Mixtur von Information, Berichterstattung, persönlicher Deutung und Bewertung, verfasst von Alex Goldfarb und der Frau des ermordeten Ex-Spions, Marina Litwinenko mit dem Titel: *Tod eines Dissidenten – Warum Alexander Litwinenko sterben musste*. Der Tenor des Buches gehorcht der Lesart, auf die sich das Gros der westlichen Medien im Verlauf der »Affäre« – vor allen gesicherten Ermittlungsergebnissen – festgelegt hatte: Danach fordert der Ex-KGB-Agent Putin bedingungslose politische Unterwerfung und Loyalität, die der systemkritisch gewordene Ex-KGB-Mann Litwinenko aufkündigte, so dass dieser sterben musste, zumal er auch noch zur Entourage des im Londoner Exil lebenden Ex-Oligarchen Boris Beresowski gehörte. Das dann im Verlauf der Affäre Litwinenko, sozusagen im Dickicht der wild kursierenden Gerüchte und Spekulationen, sich ereignende plötzliche Untertauchen Boris Beresowskis schien die Version einer allgegenwärtig geheimdienstlich agierenden und zu

allen Untaten bereiten russischen Staatsmacht nur noch zu bestätigen. Gleichmaßen weitete sich der Fall Litwinenko zu einer Staatsaffäre zwischen einem rechtmäßig agierenden England und einem mit allen Tricks und Finessen arbeitenden, ganz auf Vertuschung der eigenen Verantwortlichkeiten kaprizierten Russland aus. So schwer es auch fiel, sich in diesem wie nach dem Drehbuch eines Polit-Thrillers ablaufenden Ereignissen zurecht zu finden, so einseitig, aufdringlich und fraglos konnte doch die tendenziöse Berichterstattung erscheinen, bei der folgende Fragen, auf die Thomas Wörtche in einem Beitrag in der Wochenzeitschrift *Freitag* verwies, gewöhnlich nicht gestellt wurden: »Schon damals wunderte man sich nicht nur über die unglaublich aufwändige Mordmethode – Litwinenko war mit Polonium-210 kontaminiert worden, einem hochkomplexen, extrem teuren und sehr seltenem Isotop, wo es doch einfaches, konventionelles Ermorden durch Erschießen etwa auch getan hätte. Man wunderte sich auch, warum so eine kleine Nummer im Großen Spiel so prominent beseitigt werden musste.« Was der Glaubwürdigkeit des Polit-Thrillers von Alex Goldfarb und Marina Litwinenko auch nicht unbedingt förderlich ist, ist der Umstand, dass Alex Goldfarb der »International Foundation for Civil Liberties« vorsteht, einer zwar wohl klingenden Stiftung mit Sitz in New York, die aber vom Ex-Oligarchen Beresowski gegründet wurde und von der sich auch Prominente wie George Soros mit guten Gründen losgesagt haben.

All diesen auf dem deutschen Buchmarkt rechtzeitig vor den russischen Duma- und Präsidentenwahlen erschienenen Enthüllungs- und Aufklärungsbüchern eignet (mit Ausnahme der Tagebücher der ermordeten Anna Politkovskaja) etwas Sensation Erheischendes und Abrechnendes an – mehr oder minder durchzogen von Anwandlungen einer doch stark gefilterten Sichtweise. Als Erfahrungsberichte mögen sie gelten, nicht aber als objektiver Befund, aus dem politische Folgerungen zu ziehen wären. Der Verdacht liegt aber nahe, dass dies nach dem Willen einiger Akteure geschehen soll. So legitim und aufschlussreich die Berichte im

Einzelnen auch sein mögen, so zutreffend mit Sicherheit die Kritik an innerdemokratischen Defiziten in Russland auch ist, so kann doch nicht der Kontext mitsamt den interessierten personellen und institutionellen Verflechtungen ausgeblendet werden, in dem die Veröffentlichungen stattfinden. Noch weniger die spezifische historische Situation, das Dilemma, in dem sich die politische Elite Russlands befindet.

Zu einer vollen Urteilsfindung gehört demnach auch, Gegenstimmen einzuholen.

### *Die Mahnrufe Gorbatschows und Gerhard Schröders*

Wenig hilfreich ist es, dem suggestiven Tenor und der konnotativen Stimmungsmache unreflektiert aufzusitzen, wie diese in etwa in der Frage der Berichterstattung über die geplante Raketenabwehr und die russischen Reaktionen darauf zelebriert wurde: Die Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz bezüglich der russischen Ängste angesichts eines geplanten Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien, das die USA zum atomaren Erstschlag gegen Russland ohne die Möglichkeit russischer Gegenmaßnahmen befähigen würde,<sup>4</sup> wurde verschiedentlich als Drohung gegen den Westen, als Inaugurationsakt eines »Neuen Kalten Krieges« interpretiert, in bewährter Verkehrung von Ursache und Wirkung und in etwa so, als habe Russland vor, solche Systeme an den Grenzen der USA, in Kuba etwa, zu installieren.<sup>5</sup> Ähnlich das Muster im Fall Litwinenko: *SPIEGEL ONLINE* titelt am 18.07.2007: »Russen mobben Großbritannien«, ein Tag später heißt es im selben Organ: »Putin lässt die Muskeln spielen.« Nach wie vor waren Rechts- und Beweislage ungeklärt, während die US-Intentionen bezüglich der Raketenabwehr an den ungewöhnlichen Orten Polen und Tschechien angesichts möglicher zukünftiger iranischer Bedrohungen eigentlich einer näher liegenden Erklärung bedurft hätten als der offiziellen US-Version: Wieder gelang eine Spaltung in »altes« und »neues« Europa, wobei auch noch die Gewinnung der atomaren Erstschlagkapazität ge-

genüber einem zunehmend eigensinnigen Russland in Aussicht stand. Selten kamen in der Presselandschaft auch zur inneren Lage in Russland Gegenstimmen zu Wort. So auch nicht die des ehemals so gerne zitierten Michael Gorbatschow, der in einer Rede vor dem Deutsch-Russischen Forum am 15.05.2007 zur Verleihung des *Dr. Friedrich Joseph Haass-Preises* im *Adlon*-Hotel in Berlin sein Land gegen die Vorwürfe mangelnder Demokratie unter Putin mit folgenden Worten in Schutz nahm: »Jelzin hat alles zerschlagen, und man hatte das Gefühl, der Westen freut sich, wenn es Russland schlecht geht... Putin hat das wieder aufgebaut, was da zerschlagen wurde... Eine Demokratie, die Sie in 200 Jahren geschaffen haben, die sollen wir in 10 Jahren aufbauen?«<sup>6</sup> Ähnlich argumentieren Gernot Erler, Willy Wimmer und Gerhard Schröder<sup>7</sup> Politiker, die sich bequemer und historisch oft bedienter anti-russischer Reflexe enthalten, aber auch Russland-Experten wie Alexander Rahr von der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik*. Dabei scheint Gerhard Schröders Plädoyer, dass es an der Zeit sei, »anstatt Einkreisungsfantasien zu entwickeln, wie sie in konservativen Zirkeln noch immer aufscheinen, ... Russlands Sicherheitsinteressen ernst zu nehmen«<sup>8</sup> um so dringlicher, je mehr man um die in diesen Zirkeln gepflegten militärischen Planungen weiß, und je mehr die wahren Motive hinter der Demokratie-Debatte bezüglich Russlands zum Vorschein kommen. Denn seit Putin klarstellte, dass die vier größten russischen Ölfelder ausländischen Firmen nicht zugänglich sein sollen und der russische Öl- und Gasreichtum vorwiegend unter der Regie der staatseigenen *Gazprom* ausgebeutet werden soll, und seit dem Zeitpunkt, als das russische Schatzamt die russischen Dollarreserven in Gold und Rubel zu tauschen begann, galt Putin als Autokrat und Russland als potenzieller Störenfried westlicher Geschäftsbedingungen und Wertvorstellungen.

Endgültig verspielt hatte Putin dann, als er mit der staatsmännischen Gepflogenheit des Austauschs diplomatischer Floskeln brach, indem er die Militarisierung der US-Politik mitsamt der NATO-Vorwärtsstrategie der Einkreisung

Russlands, der völkerrechtswidrigen Kriege in Ex-Jugoslawien und im Irak, der Politik der doppelten Standards und des demokratischen Missionarismus beim Namen nannte. So konkretisierte er die westliche Kritik an demokratischen Defiziten in Russland mit dem Verweis auf vergleichbare Defizite in den westlichen Demokratien. Man kann auch das so einschätzen, als ob Putin nun den (Gegen-)Angriff als beste Verteidigung nutzte. Man kann daran aber auch studieren, wie es inzwischen zur höchst effektiven Routineübung westlicher Politikpraxis gehört, durch moralisch daher kommende Anklagen, Beanstandungen, Forderungen bis hin zu Erpressung den zu erziehenden Zögling in Sachen Demokratie und Freie Marktwirtschaft in permanente Rechtfertigungspositionen hineinzutreiben, um daraus Kapital zu schlagen. Putin durchbrach die Regeln dieses Spiels, indem er die quasi institutionalisierte Definitionshoheit des »Freien Westens« ansatzweise delegitimierte, indem er sich erstens für nichts rechtfertigte und entschuldigte und zweitens die an ihn angelegten Maßstäbe an den Anklagenden selbst anlegte. Prompt hieß es, er drohe und bedrohe den Westen. Oder wie es Charles Kupchen am 29.06.2007 im *Handelsblatt* formulierte: »Moskau hat das Potenzial zu stören.« Deshalb auch die Direktive der Russland-Task-Force des *Council on Foreign Relations*, ausgegeben am 5.03.2006, genau ein Jahr vor den medial breit getretenen Verstimmungen zwischen »dem« Westen und Russland mit all den leider absehbaren Folgen: »Die Führung Russlands – und sein Volk – haben verdient, dass sie erfahren, was die wirklichen Demokratien der Welt denken.«<sup>9</sup>

1 Siehe dazu die Titelgeschichten des *SPIEGEL* vom 05.03.2007 und vom 10.07.2006.

2 So in der Internet-Zeitung *russland RU* vom 07.11.2006 mit dem Artikel: *Negative Berichterstattung über Russland – Pressefreiheit in Deutschland »made in USA«?*

3 Mit dem Titel: *Politik der Bergpredigt. In Russland dient sich die Kirche der Politik wieder an.*

4 Siehe zu diesem Thema folgende Studien und

Analysen: Jürgen Wagner: *Erstschlag und Raketenabwehr*, www.linksnet.de. Kier Lieber, Daryl Press: *Die Rückkehr der amerikanischen nuklearen Vorherrschaft*, in: Foreign Affairs, März 2006. Viktor Litovkin: *Zurück in den Kalten Krieg?* www.uni-kassel.de. Wolfgang Kötter: *Raketenschach*. www.uni-kassel.de.

5 So titelte FAZ. NET. Am 04.06.2007: »Putin droht dem Westen«. Dem schloss sich die *Frankfurter Rundschau* umstandslos mit folgender Meldung an: »Putin verschärft Drohungen gegen Europa.« Das hört sich in der Internet-Zeitung *russland RU* denn so an: »Russland warnt vor schwerwiegenden Folgen von US-Raketenschild.«

6 Zitiert bei Bernd Brincken: *Geschichte ist niemals fatal*. www.russland.ru.

7 In seiner Autobiografie *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik* (2006) argumentiert G. Schröder im Kapitel *Russland, der Global Player*, dass Russland am Anfang der Genesung aus dem »Zerfall unter einem Jahrzehnte währenden Regime und Chaos der Zwischenzeit unter Boris Jelzin« stehe, so dass es vermessen wäre, »Russland in Bezug auf die Geschwindigkeit in seinen innenpolitischen Veränderungen zu überfordern.«

8 A. a. O., S. 463.

9 Zitiert aus: *russland analysen*, Nr. 93, 10.03.2006. Forschungsstelle Osteuropa der Otto Wolff-Stiftung. Der Volltext der CFR-Studie namens *Russia's Wrong Direction: What the United States Can and Should Do* ist einsehbar bei: www.cfr.org/publication/9997.

## PÄDAGOGISCHE AKADEMIE AM HARDENBERG INSTITUT

Samstag, 10. November 2007, 10-18 Uhr, Rudolf-Steiner-Haus, Heidelberg

### **Wie entsteht Unternehmergeist in der Selbstverwaltung?**

Tagesseminar mit Karl-Martin Dietz und Jürgen Paul

Wie gelingt Selbstverwaltung?- Ihre Grundidee wurde entworfen im Rahmen des „Freien Geisteslebens“, das die Leistung des einzelnen Menschen gesellschaftlich wirksam machen möchte. Jeder einzelne ist hier auf seine spezifischer Weise gefordert: Seine Ideenfähigkeit, seine Initiative, seine Urteilsfähigkeit und sein Sozialempfinden.

Worin bestehen diese Fähigkeiten im einzelnen und wie können sie erworben werden?

Die Frage nach der Entwicklung und Pflege des Unternehmergeistes ist in erster Linie eine Frage an die Selbstbefähigung und Selbstentwicklung des Menschen. Kollegialität im Freien Geistesleben fordert und fördert zugleich diese Fähigkeiten.

Unternehmergeist ist nicht nur in der beruflichen Zusammenarbeit gefragt, sondern auch sonst im Leben. Er ist letztlich eine Angelegenheit für alle, die sich nicht damit begnügen wollen, in gewohnten Gleisen zu leben und zu handeln.

Kostenbeitrag: 90,- € (inkl. Verpflegung). Anmeldung bis 27.10.07 an: Hardenberg Institut,  
Hauptstraße 59, 69117 Heidelberg, Tel.: 06221-28485, Fax: - 21640,  
info@hardenberginstitut.de www.hardenberginstitut.de